

## Niederschrift

### Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

---

**Sitzungstermin:** Freitag, 12.05.2023  
**Sitzungsbeginn:** 16:35 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:40 Uhr  
**Ort, Raum:** Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

---

#### Anwesend

##### Vorsitz

Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen	bis 19:55 Uhr, TOP 12.2
-------------------------------------	-------------------------

##### reguläre Mitglieder

Hermann Heck - CDU	bis 18:20 Uhr, TOP 7
Marco Nezi - B90/Die Grünen	
Thorsten Büchner - SPD	
Miguel Angel Sánchez Arvelo - Marburger Linke	
Maik Schöniger - Klimaliste Marburg	
Dirk Bamberger - CDU	ab 18:45 Uhr, TOP 9
Jelena Noe - CDU	
Walter Jugel - CDU	
Winfried Kissel - CDU	
Phillip Knaack - CDU	
Lars Küllmer - CDU	
Roger Pfalz - CDU	
Heiko Schäfer - CDU	
Karin Schaffner - CDU	
Jens Seipp - CDU	
Birgit von Barga - CDU	
Jan von Ploetz - CDU	

Lisa Deißler - FDP	
Michael Selinka - FDP	
Roland Frese - BfM	
Andrea Suntheim-Pichler - BfM	
Sarah Kastner - B90/Die Grünen	
Dr. Payam Katebini - B90/Die Grünen	bis 19:55 Uhr, TOP 12.2
Marion Messik - B90/Die Grünen	
Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen	
Lukas Ramsaier - B90/Die Grünen	
Katharina Rink - B90/Die Grünen	
Martina Rupp - B90/Die Grünen	
Christian Schmidt - B90/Die Grünen	
Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	
Uwe Volz - B90/Die Grünen	
Maximilian Walz - B90/Die Grünen	
Liban Abdirahman Farah - SPD	
Fatma Aydin - SPD	
Felix Burghardt - SPD	
Myriam Hövel - SPD	bis 17:50 Uhr, TOP 4
Schaker Hussein - SPD	
Alexandra Klusmann - SPD	
Erika Lotz-Halilovic - SPD	
Dr. Mohammad Malmanesh - SPD	
Steffen Rink - SPD	
Matthias Simon - SPD	
Gerald Weidemann - SPD	ab 17:20 Uhr, TOP 3
Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke	
Roland Böhm - Marburger Linke	
Anja Kerstin Meier-Lercher - Marburger Linke	
Jan Schalauske - Marburger Linke	
Inge Sturm - Marburger Linke	
Mariele Sofi Diehl - Klimaliste Marburg	
Salomon Lips - Klimaliste Marburg	
Jana Ullrich - Klimaliste Marburg	
Matthias Pozzi - AfD	
Dr. Michael Weber - Piratenpartei	
Dietmar Göttling -	

### Magistratsmitglieder

Dr. Thomas Spies - SPD	
Nadine Bernshausen - B90/Die Grünen	
Kirsten Dinnebier - SPD	
Dr. Michael Kopatz -	
Alev Lassmann - B90/Die Grünen	
Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen	
Roland Stürmer - B90/Die Grünen	
Christoph Ditschler - FDP	
Anne Oppermann - CDU	
Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke	
Marina Siffermann-Gorr - CDU	
Ulrich Severin - SPD	

### Protokollführung

Lothar Sprenger – Fachdienst kommunale Gremien	
--	--

### Verwaltung

Clara Easthill - Fachdienst kommunale Gremien	
Philipp Höhn -	
Birgit Heimrich – Fachdienst Presse und Öffentlichkeitsarb.	

### Abwesend

#### reguläre Mitglieder

Lena Frewer - B90/Die Grünen	entschuldigt
Asmah El-Shabassy - SPD	entschuldigt
Anna Maria Zels - SPD	entschuldigt
Renate Bastian - Marburger Linke	entschuldigt

### Magistratsmitglieder

Prof. Dr. Lars Opgenoorth - Klimaliste Marburg	entschuldigt
Marianne Wölk - SPD	entschuldigt
Sevim Yüzgülen - SPD	entschuldigt

# Protokoll

Öffentlicher Teil

---

## zu 1 Eröffnung der Sitzung

---

Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Elke Neuwohner eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung zu der heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

Im Anschluss trägt die Stadtverordnetenvorsteherin die Tagesordnung für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorberatungen in den Ausschüssen und der im Ältestenrat getroffenen Absprachen.

Es liegt ein dringlicher Antrag des Stadtverordneten Göttling vor, der jedoch nicht das für die Aufnahme auf die Tagesordnung erforderliche Quorum erreicht. Protokollierung siehe unter Tagesordnungspunkt 1.1.

Der gemeinsame Antrag betr. Bombendrohung anlässlich des Zuckerfestes am 21. April 2023 wird, wie im Ältestenrat vereinbart, in der Tagesordnung vorgezogen und vor der Fragestunde behandelt.

Gegen die von der Stadtverordnetenvorsteherin vorgetragene Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

### **Anmerkungen:**

Zu den Tagesordnungspunkten 7, 9, 12.2 und 13.4 ist Aussprache bzw. Aussprache in Form eines Setzpunktes angemeldet, die in der Tagesordnung vorgezogen und unmittelbar nach TOP 4 aufgerufen werden. Die Reihenfolge der Nummerierung der Tagesordnungspunkte in der Niederschrift bleibt davon unberührt.

Ab 18:10 Uhr (TOP 9) hat der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner die Sitzungsleitung inne.

---

### **zu 1.1 Dringlicher Berichts Antrag des Stadtverordneten Göttling betr.**

**Schutz der Lahnauen beim sogenannten Hafenfest**

**VO/1287/2023**

---

Der Stadtverordnete Göttling begründet die Dringlichkeit des Antrages, formal gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Schmidt.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin stimmen die Fraktionen von CDU/FDP/BfM und Marburger Linke sowie die AfD, die Piratenpartei und der Stadtverordnete Göttling für die Dringlichkeit des Antrages. Das für die Aufnahme auf die Tagesordnung nach § 58 Abs. 2 HGO erforderliche Quorum von zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten ist damit nicht erreicht. Der Antrag wird nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Der Antragsteller gibt den Antrag daraufhin in das Verfahren.

---

## **zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 31.03.2023**

---

Die Niederschrift ist allen Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungen werden nicht gewünscht. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

## **zu 3 Fragestunde**

---

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 bis 13, 15 und 16 sowie einzelne Nachfragen werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

### **Kleine Anfrage Nr. 01**

#### **zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023**

<b>Fragesteller*in:</b>	Andrea Suntheim-Pichler
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU/FDP/BfM

Wann wurde die letzte Abwassermessung seitens der Stadtwerke Marburg in Bezug auf Spuren von illegalen Stimulanzien, wie beispielsweise Ecstasy, Methamphetamine, Amphetamine und Kokain vorgenommen und wie sahen die Messergebnisse im Vergleich zu vorherigen Messungen aus?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stadtwerke Marburg
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

#### **Stellungnahme/Antwort:**

Die Analyse auf Rückstände von illegalen Stimulanzien ist nicht Teil der vorgeschriebenen Untersuchungen und wird daher auch nicht durchgeführt.

Die Stadtwerke Marburg veranlassen im Rahmen der Betriebsführung für die städtische Kanalisation auf Grundlage des § 11 der Abwassersatzung die Überwachung der Einleitungen nicht häuslichen Abwassers (Indirekteinleiterüberwachung) entsprechend den Bestimmungen der Hessischen Abwassereigenkontrollverordnung (EKVO). Mindestanforderungen und Emissionsgrenzwerte dafür bestimmt die Abwassersatzung sowie die Abwasserverordnung in mehr als 50 Anhängen für bestimmte Herkunftsbereiche aus Gewerbe und Industrie.

Dies gilt auch für die gesetzlich vorgeschriebenen Untersuchungen auf den Kläranlagen des Abwasserverbandes Marburg.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

## **Kleine Anfrage Nr. 02**

### **zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023**

<b>Fragesteller*in:</b>	Andrea Suntheim-Pichler
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU/FDP/BfM

Kann der Magistrat auf den Besitzer eines Grundstückes am Hainweg einwirken, den Müll und Unrat zu beseitigen, der seit Monaten auf seinem Grundstück liegt und aus dem Abriss einer ehemaligen Gartenhütte stammt?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### **Stellungnahme/Antwort:**

Wenn es sich um private Grundstücke handelt, kann der Magistrat im Regelfall nicht auf Grundstückseigentümer\*innen einwirken, Gegenstände von dem Grundstück zu beseitigen.

Möglich ist das nur in Fällen, wo gerichtsfest nachweisbar ist, dass eine konkrete Gefahr für die

öffentliche Sicherheit oder Ordnung vorliegt. Eine Gefahr könnte vorliegen, wenn explosive, leicht entzündbare, krebserregende, ätzende, toxische oder infektiöse Abfälle auf einem Grundstück lagern. Ob eine Gefahr vorliegt muss daher immer im Einzelfall geprüft werden und lässt sich ohne Wissen um den konkreten Sachverhalt und welches Grundstück betroffen ist nicht pauschal beantworten.

Es kommt hin und wieder vor, dass Grundstücke aufgrund von Müllablagerungen oder mangelnder Pflege von Garten oder Rasen in der Nachbarschaft als unschön und störend wahrgenommen werden. Der rein optische Zustand eines Grundstückes ist allerdings leider nicht ausreichend für ein behördliches Einschreiten.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

### **Kleine Anfrage Nr. 03**

**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023**

<b>Fragesteller*in:</b>	Roland Böhm
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Welche Entwicklungen und welche Erfahrungen haben die Fachdienste Straßenverkehr und Tiefbau bei dem Verkehrsversuch Goßfeldener Straße beobachtet bzw. gesammelt und welche Konsequenzen für den Fahrradverkehr werden daraus gezogen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 33 - Straßenverkehr
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

#### **Stellungnahme/Antwort:**

In der Goßfeldener Straße handelt es sich nicht um einen Verkehrsversuch. Der bis zur Neumarkierung auf der Lahnseite vorhandene Radfahrstreifen (mit durchgezogenem Breitstrich) entsprach nicht mehr den heutigen Regelanforderungen und konnte deshalb nicht erneuert werden.

Der Gehweg auf der Bergseite war in beiden Fahrrichtungen für den Radverkehr freigegeben, entspricht jedoch aufgrund der fehlenden Gesamtbreite ebenfalls nicht den heutigen Standards.

Dementsprechend wurde die jetzt bestehende Lösung von der Fachdiensten Tiefbau und Straßenverkehrsbehörde gemeinsam entwickelt und in der Arbeitsgruppe Radverkehr diskutiert, wo auch der regionale Verkehrsdienst der Polizei und der ADFC vertreten sind.

Die Straße wurde stadteinwärts mit Fahrradpiktogrammen versehen, weil eine richtlinienkonforme Markierung von Schutzstreifen auf beiden Seiten wegen fehlender Fahrbahnbreiten nicht möglich ist und der in Richtung Marburg für den Radverkehr freigegebene Gehweg nach wie vor zur Verfügung steht. Da die Beschilderung jedoch keine Benutzungspflicht darstellt und besondere Rücksichtnahme gegenüber dem Fußverkehr notwendig ist, wurden zusätzlich Fahrradpiktogramme aufgebracht, um die alternative Führungsform im Mischverkehr zu unterstützen.

Die Erfahrungen der beteiligten Fachdienste Straßenverkehr und Tiefbau sind durchweg positiv und mehrere Nachfragen zeigen, dass die Piktogramme die gewünschte Aufmerksamkeit erzeugen und die Sensibilität erhöhen. Das Aufbringen weiterer Fahrradpiktogramme als sogenannte Piktogrammketten ist somit künftig dort eine Möglichkeit, wo aufgrund fehlender Fahrbahnbreiten keine richtlinienkonformen Radverkehrsanlagen markiert werden können.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

#### **Kleine Anfrage Nr. 04**

**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023**

<b>Fragesteller*in:</b>	Marco Nezi
<b>Fraktion / Partei:</b>	Bündnis90/Die Grünen





Welche kurz- oder mittelfristigen Möglichkeiten (unabhängig von Move 35) sieht der Magistrat zur Verbesserung der Begehbarkeit für Fußgänger\*innen in der Leopold-Lucas-Straße im Bereich des abgebildeten Abschnitts zwischen dem Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) vor der Elisabethschule und dem Eingang zum "Knubbel", auch wenn dafür die Parkplätze verändert ausgerichtet werden müssten zugunsten eines breiteren und begradigteren Gehwegs?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

### **Stellungnahme/Antwort:**

Nach Prüfung besteht die Problematik darin, dass bei der vorhandenen Tiefe der Parkflächen der vordere Überhang der Pkw den Gehweg überstreicht und zusätzlich einengt.

Als kurzfristige Lösung zur Freihaltung des Gehweges für den Fußverkehr besteht die Möglichkeit, die vorhandene Blockmarkierung als Abgrenzung zur Fahrbahn um 50 – 70 cm nach Norden zu verschieben und vor dem vorhandenen Bordstein zusätzlich Leitmale einzubauen, die ein Vorfahren bis zum Bordstein verhindern. Damit wäre der Gehweg dann in vollständiger Breite nutzbar.

Das Thema wird in der nächsten AG Verkehr am 17.05.23 besprochen. Dort ist auch die Straßenverkehrsbehörde als letztlich anordnender Fachdienst mit anwesend.

Michael Kopatz

Stadtrat

### **Kleine Anfrage Nr. 05**

**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023**

<b>Fragesteller*in:</b>	Tanja Bauder-Wöhr
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, ob er Möglichkeiten sieht durch die Messmethode Remote Sensing an der Beltershäuser Straße Luftschadstoffe zu erfassen, um gesundheitliche schwere Erkrankungen wie Herzinfarkt, Schlaganfall und Lungenkrebs vorzubeugen, die bekanntlich durch Abgase des Straßenverkehrs ausgelöst werden?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

**Stellungnahme/Antwort:**

Luftschadstoffe werden in Hessen seitens des HLNUG (Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt, Geologie) nach einem einheitlichen Verfahren gemessen. Für Marburg bestehen Messstationen in der Gutenbergstraße (städtische Hintergrundbelastung) und in der Universitätsstraße (Beurteilung der verkehrlichen Belastung).

Die Belüftungssituation in der Beltershäuser Straße ist wesentlich besser als in der Universitätsstraße. Daher stellt sich die Frage nach dem Aussagewert einer weiteren Messung und daraus abzuleitender Maßnahmen. Dies kann nur das HLNUG bewerten und daher werden wir die Frage an das HLNUG mit der Bitte um Einschätzung geben.

Das in der Fragestellung angesprochene Verfahren wurde vom Umweltbundesamt (UBA) laut Homepage der UBA getestet: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/uba-testet-abgasmessungen-durch-remote-sensing>. Wir werden auch zu diesem Punkt eine Stellungnahme des HLNUG erbitten.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

**Kleine Anfrage Nr. 06**

**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023**

<b>Fragesteller*in:</b>	Tanja Bauder-Wöhr
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, ob die aus dem Jahre 2013 bestehenden Verbindlichkeiten (vereinbarte Ratezahlung jährlich über 10 Jahre) des VfB Marburgs zwischenzeitlich abgeschlossen sind und wie der Magistrat die sportliche Entwicklung im Hinblick auf verhältnismäßig hohe Spielergehälter der 1. Herrenmannschaft beurteilt?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 42 - Sport
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebier

**Stellungnahme/Antwort:**

Der Magistrat ist sehr erfreut über die sportliche Entwicklung des Vereins und die Perspektive, in der nächsten Saison wieder eine städtische Mannschaft in der Hessenliga begrüßen zu dürfen.

Eine Ratenzahlung aus dem Jahr 2013 an die Stadt ist dem Magistrat nicht bekannt. Inwieweit noch private Verbindlichkeiten getilgt werden, ist ebenso Angelegenheit des Vereins wie die Bezahlung von Spielern. Es ist auch nicht die Aufgabe des Magistrates, sich in Personalangelegenheiten von Vereinen einzumischen und dortige Gehaltszahlungen zu bewerten.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

**Kleine Anfrage Nr. 07**

**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023**

<b>Fragesteller*in:</b>	Roland Böhm
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Warum wurde der Behindertenbeirat nicht in die Entscheidung einbezogen, die Tourist-Info aus den absolut barrierefreien Räumlichkeiten im Erwin-Piscator-Haus in ein definitiv nicht barrierefreies Domizil in der Bahnhofstraße zu verlegen, sondern erst nachträglich vor vollendete Tatsachen gestellt?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Marburg Stadt + Land Tourismus (MSLT)
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Bei den komplexen Betrachtungen, die zu der Entscheidung des Umzugs der Tourist-Info (TI) der Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH führten, hat die MSLT unter anderem großes Augenmerk auf den Punkt gelegt, dass sie unter dem Stichwort „Reisen für Alle“, für ankommende Besucher\*innen mit Beeinträchtigungen am Hauptbahnhof präsent ist und mit beratender Unterstützung zu einem gelungenen Aufenthalt in Marburg beitragen möchte.

In der direkten Umgebung des Bahnhofs wurde bei dessen Neugestaltung großer Wert auf Barrierearmut und taktile Elemente gelegt. Aus diesem Grunde ist der Standort durchaus gut erschlossen für viele Menschen mit einer Beeinträchtigung. Besonderer Augenmerk wurde auf die große Gruppe der Menschen mit starken Sehbeeinträchtigungen in Marburg gelegt.

Im Prozess der Abklärung mit dem Aufsichtsrat und ihren Gesellschaftern hat die MSLT die Abklärung mit dem Behindertenbeirat bedauerlicherweise erst im zweiten Schritt aufgenommen.

Die MSLT steht nun bei der weiteren Ausstattung der TI in engem Austausch mit dem Behindertenbeirat und dem Vorsitzenden des VDK. So wurde ein spezieller Versatzlift in Auftrag gegeben, der einen guten Zugang zu den Räumen der TI für Rollstuhlfahrer\*innen ermöglicht.

Des Weiteren beabsichtigt die MSLT den Zugang zur TI in der Wettergasse 6 barrierefrei zu gestalten.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 08**

**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023**

<b>Fragesteller*in:</b>	Inge Sturm
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Das Schild "Kein Trinkwasser" am historischen Elisabethbrunnen in Schröck gibt es nicht mehr.

Ist das Wasser - was aus dem Berg in den Brunnen strömt, wieder genießbar und als Getränk geeignet?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	8 - Immobilien und Freianlagen
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

**Stellungnahme/Antwort:**

Die Bauunterhaltung dieses Brunnens obliegt der hessischen Verwaltung der staatlichen Schlösser und Gärten. Die Stadtverwaltung kann aus diesem Grund keine Aussage zur Wasserqualität treffen.

Dr. Michael Kopatz

Stadtrat

**Kleine Anfrage Nr. 09**

**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023**

<b>Fragesteller*in:</b>	Inge Sturm
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Wie ist der Sachstand zu der vom Oberbürgermeister und dem Magistrat in der letzten Legislaturperiode getroffenen Zusage, die Geschichte der Deserteure im 2. Weltkrieg weiter erforschen und das Denkmal in der Frankfurter Straße restaurieren zu lassen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 41 - Kultur
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Zum Beschluss vom 31. 8. 2018 liegen dem koordinierenden FD Kultur bislang drei (Teil-) Entwürfe vor: ein baulicher vom FD Stadtplanung, zwei inhaltliche. Insgesamt würde die Umset-

zung der dort vorgeschlagenen Maßnahmen Kosten im sechsstelligen Bereich verursachen. Der FD Kultur hat u.a. deshalb vorgeschlagen, einen offenen stadtgeseftlichen Diskurs über die Frage „Wie wollen wir gedenken?“ anzustoßen. Eine erste bereits terminierte öffentliche Veranstaltung dazu wurde jedoch durch die Corona-Pandemie verhindert. Seit Ende 2022 wurde der inhaltliche Faden mit der Geschichtswerkstatt wiederaufgenommen. Angesichts der Auslastung der Fachbereiche Planen& Bauen und Immobilien& Freianlagen wurde verabredet, zunächst in die inhaltliche Aufarbeitung in Angriff zu nehmen. Dafür wurde im März 2023 von der Geschichtswerkstatt ein Konzept vorgelegt, für dessen Umsetzung Haushaltsmittel geplant sind. Parallel dazu wird in der Arbeitsgruppe für Bauen und Kultur die Möglichkeiten der baulichen Umsetzung ausgelotet, die sich in die Arbeitsprozesse von Hoch- und Tiefbau sowie der Stadtplanung einfügen sollten.

### **Projektverlauf**

Am 11. 9. 2018 gab es eine Ortsbegehung mit Vertreter\*innen der Fachdienste Straßenverkehr, Kultur, Soziale Dienste, Stadtplanung, Hochbau und Tiefbau sowie Vertreter\*innen der Geschichtswerkstatt. Die inhaltlichen Maßnahmen (Texttafeln, Begleitbroschüre) verfolgte der FD Kultur am 26. 10. 2018 in einem Treffen mit dem Historiker Dr. Albrecht Kirschner und Vertretern der Geschichtswerkstatt weiter. Anfang 2019 legte dieser ein detailliertes „Konzept zur Aufwertung des Deserteursdenkmals vor. Man konnte sich über die Kosten nicht einigen. Zwischenzeitlich erfolgte die Reinigung des Denkmals von Vandalismusspuren.

Anfang 2019 legte der FD Stadtplanung eine Projektskizze zur baulichen Aufwertung des Deserteursdenkmals vor. Diese sah eine Ausweitung des Denkmalkonzepts bis über die Frankfurter Straße vor. Diese Planung sollte sich in die Erneuerungsmaßnahmen der Frankfurter Straße einfügen, die für die Zukunft geplant sind.

Ende 2022 und 2023 fand im FD Kultur Treffen mit Vertreter\*innen der Geschichtswerkstatt statt. Diese planen nun die Einrichtung einer Datenbank zu den Verurteilten des Marburger Kriegsgerichtes und suchen nach Fördermöglichkeiten sowie einer Anbindung an das Digitalisierungskonzept der Stadt Marburg. Das Konzept entspricht optimal dem Stadtverordnetenbeschluss zur Einrichtung eines analog-hybriden Stadtmuseums. Ein Folgetreffen ist für den 24. 5. 2023 geplant.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 10

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023

<b>Fragesteller*in:</b>	Matthias Pozzi
<b>Fraktion / Partei:</b>	AfD

Welche Organisation bzw. Hilfsorganisation hat die in der StVV vom Februar 2023 beschlossene Spende über 20T€ bzgl. der vom Erdbeben betroffenen Menschen in der Türkei und Syrien erhalten und wieviele diesbezüglichen Spenden sind dazu von der Marburger Bevölkerung eingegangen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Die Umsetzung des Beschlusses setzt die Genehmigung des Haushalts durch das Regierungspräsidium voraus, die noch aussteht.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 11

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023

<b>Fragesteller*in:</b>	Jan Schalauske
<b>Fraktion / Partei:</b>	Marburger Linke

Welche Maßnahmen hat der Magistrat unternommen, um den Beschluss "Hilfe für Erdbebenopfer in der Türkei und in Syrien" (VO/1161/2023), der u.a. die Bereitstellung von 20.000 Euro für Hilfsorganisationen und weitere Maßnahmen vorsah, umzusetzen?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

**Stellungnahme/Antwort:**

Die kassenwirksame Umsetzung des Beschlusses setzt die Genehmigung des Haushalts durch das Regierungspräsidium voraus, die noch aussteht.

Davon unabhängig hat der Magistrat bereits öffentliche Aushänge für eine Spendenkampagne von „Medico International“ unterstützt sowie das Engagement des Vereins „Erdbebenhilfe Antiochia Hatay“, u.A. im Zusammenhang mit einem Benefizkonzert, befördert.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 12**

**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023**

<b>Fragesteller*in:</b>	Winfried Kissel
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU/FDP/BfM

Sieht der Magistrat eine Möglichkeit des Kaufs und einer sinnvollen städtischen Nutzung für das seit der Schließung des Kinos am Steinweg leerstehende Gebäude?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	8 - Immobilien und Freianlagen
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

**Stellungnahme/Antwort:**

Derzeit liegen den Fachdiensten Grundstücksverkehr und Hochbau keine Bedarfsanmeldung oder Kaufwunsch vor.

Für eine sinnvolle Nutzung des leerstehenden Gebäudes und Bereicherung für den Steinweg



sollten die Fachdienste Kultur, Stadtplanung und Denkmalschutz, Grundstücksverkehr und das Quartiersmanagement sowie Stadtmarketing eingebunden werden, um eine mögliche Nachnutzung zu überlegen.

Zudem sollte eine Begehung zur Zustandseinschätzung erfolgen, bevor Nutzungsideen entwickelt werden.

Dr. Michael Kopatz

Stadtrat

### **Kleine Anfrage Nr. 13**

#### **zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023**

<b>Fragesteller*in:</b>	Winfried Kissel
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU/FDP/BfM

Der Magistrat wird gebeten, kurz den aktuellen Stand hinsichtlich der beschlossenen neuen Bestuhlung der Schlossparkbühne zu berichten.

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 45 - Erwin-Piscator-Haus
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadträtin Kirsten Dinnebier

#### **Stellungnahme/Antwort:**

In Zusammenarbeit mit dem Fachdienst Hochbau hat der FD Erwin-Piscator-Haus die Ertüchtigung der vorhandenen Bänke auf der Schlossparkbühne geprüft; erste Angebote über anzubringenden Mittelstützen an den vorhandenen Bänken waren zu teuer. Aktuell läuft über den Fachdienst Hochbau eine weitere Anfrage und Angebotseinholung für die Ertüchtigung der Bänke. Das Ergebnis ist noch offen.

Im letzten Sommer standen für die Besucher\*innen durch den FD Erwin-Piscator-Haus gepolsterte Sitzkissen wahlweise zur Verfügung, die gut angenommen wurden und auch im Sommer 2023 wieder zur Verfügung stehen.

Die Bänke zum jetzigen Zeitpunkt komplett zu entfernen ist nicht möglich, da sie auf einer

Schräge stehen, unter der sich sensible Technik sowie der Hochwasserbehälter der Stadtwerke befinden. Weiterhin müsste dazu das komplette Pflaster aufgerissen werden. Dies ist nicht sinnvoll und aktuell auch nicht leistbar.

Ein Ziel des Fachdienstes Hochbau ist es, ein Gutachten in Auftrag zu geben, welches ein Gesamtkonzept erhält, um die gesamte Anlage der Schlossparkbühne inklusive Bestuhlung, Bühne, Unterbühne, Toilettenanlage zu sanieren.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

### **Kleine Anfrage Nr. 15**

**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023**

<b>Fragesteller*in:</b>	Jens Seipp
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU/FDP/BfM

Wie sieht der Planungsstand hinsichtlich der Machbarkeitsstudie für den angedachten Radschnellweg aus?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	Stabsstelle 15 - Stadt- und Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und Statistik
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### **Stellungnahme/Antwort:**

Für die Umsetzung der Machbarkeitsstudie „Radschnellweg“ wurden erste Gespräche mit dem Regionalverband RheinMain geführt, um einen Erfahrungsaustausch anzustoßen. Aufgrund der Prioritätensetzung und personeller Engpässe in der Stabsstelle „Stadt- und Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und Statistik“ muss die Verfolgung des Projekts auf die Zeit nach der Fertigstellung von MoVe35 verschoben werden.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

### **Kleine Anfrage Nr. 16**

**zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023**

<b>Fragesteller*in:</b>	Jens Seipp
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU/FDP/BfM

Wie weit ist die technische Machbarkeitsstudie für das Fahrradparkhaus Am Hauptbahnhof fortgeschritten?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 66 - Tiefbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

#### **Stellungnahme/Antwort:**

Die technische Machbarkeitsstudie zur Umsetzung eines Fahrradparkhauses am Hauptbahnhof wurde noch nicht beauftragt.

Von Seiten des FD Tiefbau sind folgende Radabstellanlagen im Bereich des Hauptbahnhofes in Planung:

- Eine Radabstellanlage mit ca. 100 überdachten Stellplätzen unterhalb des Ortenbergsteigs mit Errichtung eines neuen Treppenturms mit Anschluss an das Gleisparkareal. Anmeldung zur Förderung ist erfolgt.
- Die Erneuerung und Erweiterung der vorhandenen Fahrradabstellanlage nördlich des Bahnhofshauptgebäudes in der Neuen Kasseler Straße.

Dr. Michael Kopatz

Stadtrat

Damit ist die für die Fragestunde vorgesehene Zeit abgelaufen. Die kleinen Anfragen Nr. 14 und

17 bis 20 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beige-fügt.

---

**zu 4    Wiederwahl der hauptamtlichen Stadträtin**

**VO/1231/2023**

---

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 31.03.2023 aufgrund des Ablaufs der regulären Amtszeit von Stadträtin Kirsten Dinnebier zum 30.09.2023 beschlossen, eine Wiederwahl der Stadträtin in der heutigen Sitzung durchzuführen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin beruft als Wahlhelfer\*innen die Stadtverordneten Kissel, Mes-sik und Meier-Lercher. Im Anschluss ruft sie die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zur schriftlichen und geheimen Wahl mit vorbereiteten Stimmzetteln auf. Zur Wiederwahl steht, wie bereits erwähnt, Stadträtin Kirsten Dinnebier.

Nach Beendigung des Wahlganges und Auszählung der abgegebenen Stimmen gibt die Stadtverordnetenvorsteherin das Ergebnis bekannt.

Anwesende Stimmberechtigte:	54
Abgegebene Stimmen:	53
Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	22
Ungültige Stimmen:	1

Damit ist die Bewerberin Kirsten Dinnebier mit mehr als der Hälfte der gültigen Stimmen für eine weitere Amtszeit, beginnend ab 01.10.2023, zur hauptamtlichen Stadträtin der Universitätsstadt Marburg gewählt.

Auf Befragen der Stadtverordnetenvorsteherin nimmt die Gewählte die Wahl an.

Es folgt eine kurze Sitzungsunterbrechung von 17:42 Uhr bis 17:50 Uhr, in der die Gewählte Glückwünsche entgegen nimmt.

---

**zu 5    Mitgliedschaft in der Genossenschaft „KommunalCampus eG“**

**VO/1221/2023**

---

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

**Beschluss:**

1. Die Stadt Marburg wird Mitglied in der Genossenschaft „KommunalCampus eG“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Die Verwaltung wird ermächtigt, die formellen Schritte einzuleiten.
2. Die Genossenschaftsanteile entsprechend der relevanten Stufe der Staffelung nach Anzahl der Mitarbeiter\*innen, Kategorie 1001-2000 MA und entsprechen für Marburg 5 Genossenschaftsanteilen. In Höhe von 5.000 Euro können Anteile gezeichnet werden (ein Genossenschaftsanteil je 1.000 Euro).

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste  
Marburg, AfD, StV. Götting  
Nein-Stimmen: keine  
Enthaltungen: Piratenpartei

---

**zu 6 Ankündigung STADTRADELN in Marburg – 05. Juni bis 25. Juni 2023**

**VO/1235/2023**

---

Für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie berichtet die Ausschussvorsitzende, Stadtverordnete Messik. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Nach Aufruf durch den stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner beschließt die Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Ankündigung für das STADTRADELN 2023 und ruft dazu auf, mit einer zahlreichen Teilnahme Werbung für das Radfahren und für den Klimaschutz zu machen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, Marburger Linke, Klimaliste Marburg,  
Piratenpartei, StV. Götting  
Nein-Stimmen: keine  
Enthaltungen: AfD

---

## **zu 7 Sportentwicklungsplanung**

### **VO/1185/2023**

---

Für den Ausschuss für Bildung, Kinder und Jugend, Kultur und Sport berichtet die stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordnete von Barga. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen. Aussprache in Form eines Setzpunktes ist durch die SPD-Fraktion beantragt.

An der Aussprache beteiligen sich in Form von Redebeiträgen die Stadtverordneten Burghardt, Sánchez Arvelo und Walz sowie Stadträtin Dinnebir.

Im Anschluss fasst die Stadtverordnetenversammlung nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin folgenden Beschluss:

#### **Beschluss:**

1. Der Sportentwicklungsplan „Sport und Bewegung in Marburg 2035“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Sportentwicklungsplan „Sport und Bewegung in Marburg 2035“ stellt die Grundlage für das Handeln des Magistrates und der inhaltlich betroffenen Fachdienste in den nächsten Jahren dar.
3. Der Fachdienst Sport wird beauftragt, mit den zuständigen Fachdiensten die Umsetzung der vorgeschlagenen nicht-investiven Maßnahmen unter Berücksichtigung von zeitlichen und personellen Ressourcen zu priorisieren und eine Umsetzungsliste für die nächsten Jahre zu erstellen.
4. Hinsichtlich der investiven Empfehlungen wird der Fachdienst Sport auf Grundlage der Rahmeninvestitionsplanung (VO1098/2023) in Kooperation mit dem Fachdienst Hochbau eine Vorschlags- und Prioritätenliste für die empfohlenen Maßnahmen erarbeiten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM (7 Stimmen), B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke,  
Klimaliste Marburg, AfD, Piratenpartei, StV. Götting  
Nein-Stimmen: keine  
Enthaltungen: CDU/FDP/BfM (9 Stimmen)

---

**zu 8 Bund-Länder-Programm Soziale Stadt/Sozialer Zusammenhalt Marburg-Waldtal  
Fortschreibung Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) im Bereich Kosten- und Finanzierungsübersicht  
VO/1253/2023**

---

Von der Vorberatung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Dr. Malmanesh. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen. Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

**Beschluss:**

Das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) wird im Bereich der Kosten- und Finanzierungsübersicht (KoFi) fortgeschrieben. Die aktualisierte KoFi wird für die ISEK-Fortschreibung anerkannt und beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

**zu 9 Grundsatzbeschluss für eine auf das Gemeinwohl ausgerichtete aktive, sozialgerechte, nachhaltige und klimaneutrale Boden- und Liegenschaftspolitik  
VO/1255/2023**

---

Für den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Heck. Die Absätze 1 bis 5 des Beschlusstextes wurden im Ausschuss einzeln abgestimmt. Den Absätzen 1, 2 und 5 empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme, den Absätzen 3 und 4 mehrheitlich die Annahme.

Aussprache wurde durch die CDU/FDP/BfM-Fraktion angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich mit Redebeiträgen Stadtrat Dr. Kopatz sowie die Stadtverordneten Hussein, Schmidt, Pfalz, Bauder-Wöhr und Lips.

Nach Beendigung der Aussprache ruft der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner analog dem Vorgehen im Ausschuss die Absätze 1 bis 5 getrennt zur Abstimmung auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

## **Beschluss:**

1. Die Universitätsstadt Marburg tritt aktiv in eine nachhaltige, sozialgerechte und klimaneutrale Boden- und Liegenschaftspolitik ein. Um ihre städtebaulichen und wohnungspolitischen Ziele im Sinne einer sozialgerechten und nachhaltigen Bodennutzung künftig konsequent umsetzen zu können, soll aktiv und bevorratend Grunderwerb getätigt werden.
2. Mit der langfristigen Bodenbevorratung wird die Stadtentwicklungsgesellschaft SEG beauftragt. Unbenommen ist der Grunderwerb für eigene Zwecke sowie in besonders begründeten Einzelfällen der Bevorratung durch die Stadt selbst.
3. Neue Bauleitplanungen sollen grundsätzlich nur dort erfolgen, wo sich die für eine städtebauliche Entwicklung erforderlichen Flächen im Eigentum der Stadtentwicklungsgesellschaft oder der Universitätsstadt Marburg befinden oder die Stadt bzw. ihre Tochtergesellschaften einen Erwerbsanspruch haben. Für den Innenbereich im Sinne des Baugesetzbuches wird in der Regel ein Eigentumsanteil von 50 Prozent vorausgesetzt. Im Außenbereich im Sinne des Baugesetzbuches wird grundsätzlich ein Eigentumsanteil von 100 Prozent vorausgesetzt. Abweichungen in begründeten Einzelfällen sowie in einer angemessenen Übergangsphase bis zur Schaffung eines ausreichenden eigenen Flächenpools erfolgen auf Beschluss des Magistrats.
4. Das Instrumentarium des vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit Städtebaulichem Vertrag, der Konzeptausschreibung oder andere Verfahren des Baugesetzbuches mit Beauftragung und Kostenübernahme der Planungsleistungen durch Privatpersonen / Investoren sollen in begründeten Einzelfällen weiterhin Anwendung finden und auf Beschluss des Magistrats erfolgen. Das gilt insbesondere, wenn ein späterer Verkauf der Fläche an Bauherrn vorgesehen ist.
5. Der Magistrat wird beauftragt, eine kommunale Gesamtstrategie für eine aktive, sozialgerechte, nachhaltige und klimaneutrale Boden- und Liegenschaftspolitik samt Organisations- und Finanzierungskonzept für die Umsetzung in Zusammenarbeit mit der städtischen Entwicklungsgesellschaft (SEG) zu entwickeln und zu überprüfen, wie eine aktive Bodenpolitik zur Steuerung stadtentwicklungspolitischer Zielsetzungen und zur Dämpfung der Bodenpreisentwicklung angewendet und mit welchen geeigneten Instrumenten dies erreicht werden kann.

## **Abstimmungsergebnis zu Absatz 1:**

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste



Marburg, Piratenpartei  
Nein-Stimmen: keine  
Enthaltungen: AfD

**Abstimmungsergebnis zu Absatz 2:**

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste  
Marburg, Piratenpartei  
Nein-Stimmen: keine  
Enthaltungen: AfD

**Abstimmungsergebnis zu Absatz 3:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg  
Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, AfD  
Enthaltungen: Piratenpartei

**Abstimmungsergebnis zu Absatz 4:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg  
Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, Marburger Linke, AfD  
Enthaltungen: Piratenpartei

**Abstimmungsergebnis zu Absatz 5:**

einstimmig

Der Stadtverordnete Götting befindet sich zum Zeitpunkt der Abstimmungen nicht im Saal, er nimmt somit nicht an den Abstimmungen teil.

---

**zu 10 Dringlichkeitsanträge**

---

keine

---

**zu 11 Anträge des Ausländerbeirats**

---

**zu 11.1 Antrag des Ausländerbeirats betr. Kostenübernahme von Dolmetscher\*innenkosten**

**VO/1216/2023-2**

---

Für den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger\*innenbeteiligung berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Ausschuss empfiehlt bei zwei Enthaltungen der CDU/FDP/BfM-Fraktion einstimmig, dem Antrag zuzustimmen.

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner stellt den Antrag zur Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

#### **Beschluss:**

Der Magistrat wird gebeten, im Haushalt 2024 eine Summe einzustellen, die die Übernahme von Dolmetscher\*innenkosten für Menschen mit beeinträchtigten Deutschkenntnissen ermöglicht.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, Piratenpartei, StV. Götting

Nein-Stimmen: keine

Enthaltungen: CDU/FDP/BfM, AfD

---

## **zu 12 Anträge der Fraktionen**

---

### **zu 12.1 Antrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion betr. Mülleimer am Garten des Gedenkens**

**VO/1166/2023**

---

Der Antrag wurde im Ausschuss durch die Antragstellerin zurückgestellt.

---

### **zu 12.2 Antrag der CDU-/FDP-/BfM Fraktion betr. Marburg sicherer machen**

**VO/1260/2023**

---

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Dem Ausschuss lag ein Änderungsantrag der Koalition vor, dem der Ausschuss mehrheitlich die Annahme empfiehlt. Dem Ursprungsantrag empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung, wobei die Absätze 1, 2 und 4 zusammen und Absatz 3 getrennt abgestimmt wurden. Aussprache wurde angemeldet durch die CDU/FDP/BfM-Fraktion. An dieser beteiligen sich die Stadtverordneten Seipp, Steffen Rink, Katharina Rink, Ullrich, Bauder-Wöhr, Seipp, Sánchez Arvelo und Oberbürgermeister Dr. Spies.

Nach Beendigung der Aussprache beantragt die Stadtverordnete Meier-Lercher, auch die Absätze 1 bis 5 des Änderungsantrages getrennt abstimmen zu lassen. Dagegen wird nicht gesprochen. Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner ruft sodann zunächst die Absätze 1, 2 und 4 des Ursprungsantrages zusammen und Absatz 3 einzeln zur Abstimmung auf. Es folgt die Einzelabstimmungen zu den Absätzen 1 bis 5 des Änderungsantrages.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Beschluss 1:**

Der Antrag in seiner ursprünglichen Fassung wird abgelehnt.

**Beschluss 2:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass es bei Art und Zahl sowie Täter\*innen-Gruppen der in Marburg verübten Straftaten positive wie negative Entwicklungen gab.
2. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt das Engagement aller Akteure am Runden Tisch „Sicherheit“, um gemeinsam an Lösungen zu arbeiten, um den problematischen Entwicklungen entschlossen und wirksam – möglichst bevor Straftaten oder Gewaltdelikte verübt werden – entgegenzutreten.
3. Die Stadtverordnetenversammlung spricht den Mitarbeiter\*innen der Stadtpolizei und der Landespolizei ihren Dank, ihre Unterstützung und ihre uneingeschränkte Solidarität aus.
4. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich dafür einzusetzen, dass analog zu der Ausweitung von Stellen bei der Stadtpolizei auch von Seiten des Landes Hessen mehr Polizist\*innen eingestellt und in Marburg für eine verstärkte Präsenz der Ordnungskräfte eingesetzt werden.
5. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, in regelmäßigen Abständen, mindestens halbjährlich, im Haupt- und Finanzausschuss über die aktuelle Entwicklung zu berichten.

**Abstimmungsergebnis zu Abs. 1, 2 und 4 des Ursprungsantrages:**

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, Marburger Linke, AfD  
Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, Piratenpartei  
Enthaltungen: StV. Göttling

**Abstimmungsergebnis zu Abs. 3 des Ursprungsantrages:**

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, AfD  
Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg,

Piratenpartei, StV. Götting  
Enthaltungen: keine

**Abstimmungsergebnis zu Abs. 1 des Änderungsantrages:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg  
Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, AfD, Piratenpartei  
Enthaltungen: StV. Götting

**Abstimmungsergebnis zu Abs. 2 des Änderungsantrages:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, Piratenpartei,  
StV. Götting  
Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM  
Enthaltungen: AfD

**Abstimmungsergebnis zu Abs. 3 des Änderungsantrages:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg  
Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, Marburger Linke, AfD, Piratenpartei, StV. Götting  
Enthaltungen: keine

**Abstimmungsergebnis zu Abs. 4 des Änderungsantrages:**

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg  
Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, Marburger Linke, Piratenpartei, StV. Götting  
Enthaltungen: AfD

**Abstimmungsergebnis zu Abs. 5 des Änderungsantrages:**

einstimmig

---

**zu 12.3 Berichtsantrag der CDU/FDP/BfM Fraktion betr. Quartiersparkhäuser**

**VO/1261/2023**

---

**Beschluss:**

Der Magistrat wird gebeten die für das Stadtgebiet geplante Strategie über die Errichtung von Quartiersparkhäusern darzustellen und über die aktuellen Planungen schriftlich zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

**zu 12.4 Berichtsantrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion betr. Neubaugebiet Elnhausen (Pfadäcker)**

**VO/1262/2023**

---

**Beschluss:**

Der Magistrat wird gebeten, die für das Neubaugebiet Elnhausen (Pfadäcker) geplante Neubaustrategie darzustellen und über die aktuellen Planungen schriftlich zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig:

---

**zu 12.5 Antrag der CDU-/FDP-/BfM-Fraktion betr. Beleuchtung Rad- und Fußweg Sonnenblickallee**

**VO/1263/2023**

---

Für den Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Hussein. Der Antrag wurde im Ausschuss mit Zustimmung der Antragstellerin ergänzt. Dem Antrag in der ergänzten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme.

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner ruft den Antrag in der ergänzten Fassung zur Abstimmung auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Beschluss:**

Der Magistrat wird aufgefordert, den Rad- und Fußweg oberhalb der Sonnenblickallee (linker Hand Richtung Lahnberge) wenn möglich durch Anbringung von Leuchten besser auszuleuchten, so dass dieser Weg bei Dunkelheit mehr Sicherheit für Radfahrer und Fußgänger bietet.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste  
Marburg, Piratenpartei, StV. Göttling  
Nein-Stimmen: AfD  
Enthaltungen: keine

---

**zu 12.6 Antrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion betr. Erstellung einer neuen Marburger Einzelhandelsstudie**

**VO/1265/2023**

---

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Empfehlung und beschließt:

**Beschluss:**

Der Magistrat wird gebeten, sobald als möglich eine neue Einzelhandelsstudie zu beauftragen, die die aktuellen Herausforderungen des Einzelhandels in Marburg analysiert und ein Masterplan bzw. einen Empfehlungsleitfaden erstellt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

**zu 12.7 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU/FDP/BfM, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg und des Stadtverordneten Göttling betr. Bombendrohung anlässlich des Zuckerfestes am 21. April 2023**

**VO/1270/2023**

---

Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Neuwohner richtet einige Worte zum Antrag an die Mitglieder des Hauses und die anwesenden Gäste.

Nach Verlesen des Beschlusstextes ruft sie zur Abstimmung über den Antrag auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt auf das Schärfste die abscheuliche Bombendrohung während des Zuckerfestes der islamischen Gemeinde in Marburg. Marburg ist eine weltoffene und tolerante Stadt, in der Menschen aus der ganzen Welt friedlich zusammenleben. Die freie Ausübung einer jeden Religion ist Grundvoraussetzung für dieses gute Miteinander. Die widerwärtige Störung des Zuckerfestes am 21.04. hat nicht nur unzählige Menschen in Angst und Schrecken versetzt, sie ist auch Ausdruck eines menschenverachtenden, intoleranten und rückwärtsgewandten Weltbildes, welches die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg entschieden ablehnt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

**zu 13 Kennntnisnahmen**

---

**zu 13.1 Kennntnisnahme zum Prüfantrag betr. Reparaturboni**

**VO/0962/2022-1**

---

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Überlegungen zur Einführung eines Förderprogramms zur Reparatur von Kleingeräten zur Kenntnis.

---

**zu 13.2 Abschluss der Stadtklimaanalyse - Grundlage für das städtische  
Handlungskonzept Klimaanpassung**

**VO/0982/2022-1**

---

**Beschluss:**

Die Stadtklimaanalyse als Grundlage für das städtische Handlungskonzept Klimaanpassung wird mit ihren Texten und Karten in Ergänzung zu dem Beschluss vom 18.11.2022 (VO 0982/2022) als Abschluss des Handlungskonzeptes zur Kenntnis genommen.

---

**zu 13.3 Aktualisierte Broschüre "Besetzung der Gremien der Universitäts-  
stadt Marburg" für die Wahlperiode 2021-2026**

**VO/1215/2023**

---

**Beschluss:**

Die Broschüre „Besetzung der Gremien der Universitätsstadt Marburg“, die für die Wahlperiode 2021-2026 aktualisiert wurde, wird zur Kenntnis genommen.

---

**zu 13.4 CO2-Bilanz der Universitätsstadt Marburg**

**VO/1234/2023**

---

Zu der Vorlage ist Aussprache durch die CDU/FDP/BfM-Fraktion angemeldet, an der sich die

Stadtverordneten Suntheim-Pichler, Schöniger, Sturm, Volz und Pfalz beteiligen sowie Bürgermeisterin Bernshausen und Stadtrat Dr. Kopatz.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die städtische CO<sub>2</sub>-Bilanz und die Klimaschutzindikatoren zur Kenntnis.

---

**zu 13.5 Schreiben von HessenForst, Kassel, zum Ausbau der Windenergie**

**VO/1254/2023**

---

**Beschluss:**

Das Schreiben von HessenForst vom 17. März 2023 zum Ausbau der Windenergie wird zur Kenntnis genommen.

---

**zu 13.6 Vollzug des Haushaltsplans 2023**

**hier: Zwischen- und Budgetbericht zum 31.03.2023**

**VO/1266/2023**

---

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die vorliegende Zusammenstellung von Eckwerten über den Vollzug des Haushaltsplans 2023 sowie die Zusammenstellung der bewirtschafteten Budgets zum 31.03.2023 zur Kenntnis.

---

**zu 13.7 Urteil zur Klage gegen den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Gültigkeit der Wahl zur Oberbürgermeisterin\*zum Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg am 14. März 2021 und 28. März 2021**

**VO/0221/2021-1**

---

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das Urteil zur Klage gegen den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Gültigkeit der Wahl zur Oberbürgermeisterin\*zum Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg am 14. März 2021 und am 28. März 2021 zur Kenntnis.



Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abgearbeitet. Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme und schließt die Sitzung um 20:40 Uhr.

Marburg, 15.05.2023

Vorsitz:

Stellv. Vorsitz

Protokoll:

---

Dr. Elke Neuwohner

Thorsten Büchner

Lothar Sprenger

### **Anlagen**

Antworten auf die kleinen Anfragen Nr. 14 und 17 bis 20

## Kleine Anfrage Nr. 14

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023

<b>Fragesteller*in:</b>	Dirk Bamberger
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU/FDP/BfM

Für das Planfeststellungsverfahren BOB wurden für 2023 € 700.000 eingestellt und laut aktuellem Budgetbericht noch kein Geld dafür veräußert. Was ist der Grund dafür?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 20 - Finanzservice
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### **Stellungnahme/Antwort:**

Das Planfeststellungsverfahren BOB wird durch die Stadtwerke Marburg GmbH durchgeführt, welche die verschiedenen Beauftragungen vorfinanziert und im Anschluss mit der Stadt Marburg abrechnet. Die Stadt erhält im Anschluss auf Antrag eine Erstattung der Aufwendungen von der Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen. Die letzten Abrechnungen erfolgten Ende des Jahres 2022. Im Laufe des Jahres 2023 sind weitere Rechnungstellungen durch die Stadtwerke vorgesehen.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023

<b>Fragesteller*in:</b>	Liban Abdirahman Farah
<b>Fraktion / Partei:</b>	SPD

Wie viele Körperverletzungsdelikte wurden in Marburg im öffentlichen Raum in den Jahren 2018 bis 2022 begangen und wie viele davon erfolgten unter Verwendung eines Messers mit einer Klinge über 4 cm?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### Stellungnahme/Antwort:

Nach Anfrage bei der Polizei wurden folgende Zahlen mit den Bemerkungen,

- dass die Klinglänge nicht gefiltert werden könnte  
sowie
- dass sich der ein oder andere Fall aufgrund der Systemeingabe möglicherweise doch nicht im öffentlichen Raum zugetragen haben muss (Eine Bereinigung, welche eine Durchsicht der Akten notwendig machen würde, wurde im Rahmen der zeitlichen Möglichkeit durchgeführt.),

mitgeteilt:

Körperverletzungsdelikte im öffentlichen Raum mit Messer:

Jahr	Anzahl
2018	3
2019	6
2020	8
2021	9
2022	5

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 18

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023

<b>Fragesteller*in:</b>	Dietmar Götting
<b>Fraktion / Partei:</b>	ohne

Aus welchen Gründen wird das Filmfest "OpenEyes" nicht mehr vom Cafe Trauma, in dem es entstanden und mit dem es über 25 Jahre, auch in der Öffentlichkeit, eng verbunden war, betrieben?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 41 - Kultur
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### **Stellungnahme/Antwort:**

Das Café Trauma und das Filmfest „Open Eyes“ haben sich 2021 einvernehmlich getrennt. Die Trennung ist durch die Verschiebung der kulturellen Schwerpunktarbeit des Café Trauma zu erklären, das sich mit seiner Kulturarbeit stärker auf den Konzert- und Festivalbereich fokussieren wollte. Aus der Trennung hat sich der Verein zur Förderung der Filmkultur in Marburg e.V. mit dem Ziel gegründet, das Festival zu erhalten.

Der Neufindungsprozess mit dem Titel „How to Soziokultur“ wurde vom Land gefördert und von der Stadt Marburg mit Gesprächen begleitet. Die Neuausrichtung des Traumas entspricht dem Vereinszweck; Art und Inhalt von Kulturprojekten sind durch Art. 5 Abs. 3 GG zur Freiheit der Kunst grundrechtlich geschützt.

Sichtbare Ergebnisse der Schwerpunktverschiebung im Trauma waren z.B. die Durchführung der Festivals FLINTA\*Sphere oder Bright Mountain 2021.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 19

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023

<b>Fragesteller*in:</b>	Dietmar Göttling
<b>Fraktion / Partei:</b>	ohne

Wie erklärt sich, dass das Filmfest im vergangenen Jahr nicht stattfand und wie kann sichergestellt werden, dass der neue Verein in der Lage ist, die für ein Filmfest wichtige kontinuierliche Durchführung zu gewährleisten?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 41 - Kultur
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

### **Stellungnahme/Antwort:**

Das Filmfest konnte in den letzten Jahren coronabedingt nicht bzw. nur in einer reduzierten Version stattfinden. Die Organisator\*innen nutzten die Gelegenheit, um sich und den „Verein zur Förderung der Filmkultur“ neu aufzustellen. Sie sind und waren dazu im engen Gespräch mit dem Fachdienst Kultur. Durch diese Neuaufstellung und die Professionalisierung der Strukturen z.B. durch die Planung von fairen, branchenangemessenen Lösungen im Haushaltsplan hofft die Stadt die kontinuierliche Durchführung besser gewährleisten zu können.

Ein weiteres Steuerungsmittel ist, dass die Förderung des Filmfestes Projektförderung und damit zweckgebunden ist. Wird der Förderzweck nicht erreicht, kann die Förderung nicht oder nur zum Teil ausgezahlt werden.

Eine allgemeine Gewährleistung für die Umsetzung genau dieses Kulturangebots kann es allerdings bei einem in bürgerschaftlichem Engagement organisierten Kulturprojekt nicht geben, da die Umsetzung des Filmfestes einerseits freiwillig und in großen Teilen im Ehrenamt bewerkstelligt wird sowie Art und Inhalt von Kulturprojekten andererseits durch Art. 5 Abs. 3 GG zur Freiheit der Kunst grundrechtlich geschützt sind.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister

## Kleine Anfrage Nr. 20

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai 2023

<b>Fragesteller*in:</b>	Dirk Bamberger
<b>Fraktion / Partei:</b>	CDU/FDP/BfM

Welchen Zeitplan verfolgt der Magistrat hinsichtlich des Neubaus der Mosaikschule, welche sich derzeit noch am Standort Großseelheimer Straße befindet?

<b>Stellungnahme/Antwort durch:</b>	FD 65 - Hochbau
<b>Dezernent/Dezernentin:</b>	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

### **Stellungnahme/Antwort:**

Die Maßnahme Neubau der Mosaikschule ist im Bildungsbauprogramm 2, welches am 24.06.2022 durch die Stadtverordnetenversammlung verabschiedet wurde, enthalten. Die Fertigstellung des Neubaus ist in 2029 geplant. Das Programm geht von 2023-2029 und umfasst 5 Etappen.

Die Phase 0 ist für den Neubau abgeschlossen, so dass ein Raumprogramm vorliegt, um in die eigentliche Planungsphase einsteigen zu können. Vorgesehen ist aufgrund der Größe der Einrichtung und der städtebaulichen Bedeutung einen Architekturwettbewerb auszuloben, um die bestmögliche bauliche Lösung zu erhalten.

Frühestmöglicher Baubeginn kann somit 2027 sein. Mit einer Bauzeit von mindestens 2 ½ Jahren ist zu rechnen bei konventioneller Errichtung.

Die Fertigstellung ist in 2029 geplant. Dieser Termin entspricht dem verabschiedeten BiBaP 2.

Dr. Michael Kopatz  
Stadtrat